

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Tageblatt Riesa,  
Bernau Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigter bestimmtes Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1580,  
Telefon:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 144.

Mittwoch, 22. Juni 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demütigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Seetstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Besprechung der Länderminister.

### Ueberreichung einer deutschen Tributdenkschrift.

Berlin. (Zuspruch.) Die heute vormittag 11 Uhr einberufene Konferenz der Innenminister der Länder ist, wie wir erfahren, zur angegebenen Zeit im Reichsinnenministerium unter Vorsitz des Reichsinnenministers Freyherrn von Gamp zusammengetreten.

Berlin. (Zuspruch.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sollen die Besprechungen der Länderminister noch heute ohne Unterbrechung durchgeführt werden. Man hofft, in der dritten Nachmittagsstunde zu einem Abschluß zu gelangen.

Berlin. In politischen Kreisen sieht man mit großem Interesse der heutigen Konferenz des Reichsinnenministers mit den Vertretern der Länder entgegen. Man rechnet mit einer eingehenden Aussprache über die innenpolitischen Spannungen, die in dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern wegen der Durchführung der Notverordnung über das Uniformverbot eingetreten sind. Die Situation hat sich zudem durch die kommunistischen Ausschreitungen verschärft, die auch gestern wieder namentlich aus Rheinland und Westfalen gemeldet worden sind.

Der Reichsinnenminister wird den Vertretern der Länder in der heutigen Besprechung zunächst auseinandersetzen, daß es für das Reich einfach unerträglich ist, wenn in dem Augenblick, in dem der Reichspräsident eine Notverordnung erläßt, von den Ländern gegenteilige Bestimmungen getroffen werden. Als besonders trüb sieht man in Berlin das Vorgehen Baden an, wo nicht einmal Vorgänge wie in München einen konkreten Anlaß zu dem Uniformverbot gegeben haben.

Was dann weiter geschieht, hängt von der Stellungnahme der Länder ab. In einem Teil der Berliner Abendpresse wird bereits von der Möglichkeit gesprochen, daß der Reichspräsident eine neue Notverordnung erläßt, durch die die Ermächtigung zu Uniformverboten der Reichsregierung vorbehalten wird. Man spricht auch bereits von Erwägungen über die Verhängung des Befehlswortzustandes. Gerüchte dieser Art sind nach unseren Informationen aber unzutreffend. Ob es dagegen zu der erwähnten neuen Notverordnung kommt, die möglicherweise den Ländern zeitlich beschränkte Uniformverbote auferlegen würde, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Auf alle Fälle aber muß betont werden, daß eine solche Notverordnung durchaus im Rahmen der Reichsverfassung in die Zuständigkeit des Reichspräsidenten fällt. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Reichsregierung entsprechend ihrer Anknüpfung in der amtlichen Mitteilung vom Sonnabend die Absicht hat, die mit ihrer letzten Notverordnung „begonnene Politik energisch fortzuführen“.

### Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz zur Konferenz der Innenminister.

München. Zur Berliner Innenministerkonferenz bringt die nationalsozialistische Parteikorrespondenz eine längere Auslassung, in der es am Schluß heißt:

„Ein Reichsinnenminister, dem es ernst ist mit dem Schutze der von ihm beschworenen Reichsverfassung, könne den Länderregierungen nur eine Antwort geben: Wenn ihr nicht imstande und fähig seid, den verfassungsmäßigen Schutz der staatsbürgerlichen Grundrechte zu übernehmen, wenn ihr, statt diese Grundrechte pflichtgemäß zu verteidigen, sie außer Kraft setzt, dann ist das Reich gezwungen und sogar verpflichtet, diesen Schutz seiner Staatsbürger selbst zu übernehmen und zu garantieren.“

### Wahl des preußischen Ministerpräsidenten erst nach der Reichstagswahl.

Berlin, 22. Juni.

Die für die Plenarsitzung am Mittwoch vorgesehene Wahl des preußischen Ministerpräsidenten ist bis nach den Reichstagswahlen vertagt worden.

Der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, die Dienstagabend zusammengetreten war, teilte der stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter Steger, mit, daß ihm der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Kerl den Wunsch geäußert habe, die Wahl des Ministerpräsidenten von der Tagesordnung am Mittwoch abzusetzen und bis nach der Reichstagswahl zu vertagen. Präsident Kerl habe ausdrücklich betont, daß er im Auftrag der Parteileitung der Nationalsozialisten und des Vorstandes der preussischen Landtagsfraktion der NSDAP gehandelt habe. Landtagspräsident Kerl habe die Hoffnung geäußert, daß das Zentrum auch diesem Wunsch sich anschließen werde. Nach eingehender Aussprache beschloß die Zentrumsfraktion des Landtages, an Präsident Kerl ein Schreiben zu richten, in dem sie sich mit der Vertagung einverstanden erklärt.

Durch diesen Beschluß der Zentrumsfraktion ist für die heutige Plenarsitzung eine Mehrheit für die Hinausschiebung der Wahl des Ministerpräsidenten gegeben.

\* Lausanne. Die deutsche Regierung wird, wie die Telegraphen-Union erfährt, dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz MacDonald eine schriftliche Aufzeichnung überreichen, in der der Standpunkt der deutschen Regierung in der Tributfrage in allen Einzelheiten dargelegt und der Nachweis der vollständigen Unmöglichkeit weiterer Tributzahlungen für Deutschland geführt wird. Diese Aufzeichnung kann als eine verteilte Parteilinie derjenigen Gesichtspunkte angesehen werden, die der Reichskanzler v. Papen in seiner ersten großen Rede vor der Vollziehung der Reparationskonferenz am Freitag gehalten hat. Die Ueberreichung der Aufzeichnung an MacDonald erfolgt im Hinblick auf die Vermittlerrolle, die die englische Regierung in den gegenwärtigen Verhandlungen in Lausanne übernommen hat.

Lausanne. (Zuspruch.) Die deutsche Delegation hat, wie zu den Blättermeldungen über eine deutsche Denkschrift mitgeteilt wird, in Verfolg der Besprechungen, die mit der englischen Delegation stattgefunden haben, eine Niederschrift über die dabei berührten Gedankenansätze ausgearbeitet. Die Niederschrift wurde heute vormittag fertig gestellt. Sie fixiert ausführlich zur Begründung des deutschen Standpunktes in der Reparationsfrage die im allgemeinen bekannten und in den Darlegungen des Reichskanzlers vor der Vollversammlung der Konferenz dargelegten Gedankenansätze zu diesem Problem. Die Niederschrift wird durch Reichsaussenminister Freiherr von Neurath im Verlaufe des heutigen Tages der britischen Delegation überreicht werden. Ihr Wortlaut wird nicht bekanntgegeben.

Lausanne. (Zuspruch.) Der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath stattete heute vormittag dem englischen Premierminister MacDonald einen Besuch ab, um ihm die schon gemeldete Niederschrift zu überreichen. In diesem Memorandum wird der deutsche Standpunkt noch einmal zusammengefaßt und die produktiven deutschen Gedanken eines weltwirtschaftlichen Aufbaues und einer Erneuerung auf wirtschaftlichem Gebiete sowie einer Verhütung einer Gegeneinanderarbeit der Staaten untereinander noch einmal dargelegt.

### Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz tritt heute nachmittag zusammen.

Lausanne. (Zuspruch.) Wie verlautet, soll der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz für heute nachmittag 4 Uhr 30 in Genf auf besonderen Wunsch des Präsidenten Hoover zu einer Sitzung einberufen werden. Er wird zu den Schritten Stellung zu nehmen haben, die von Gibson geteilt und vorgestern hier unternommen worden sind. An dieser Sitzung wird Reichsaussenminister Freiherr von Neurath teilnehmen.

### Gibson überraschend in Lausanne eingetroffen.

\* Lausanne. Der Führer der amerikanischen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz, Gibson, traf Dienstag nachmittag, zusammen mit dem bekannten amerikanischen Finanzfachverständigen Norman Davis, überraschend im Kraftwagen in Lausanne ein. Beide begaben sich sofort in das Hotel Beau-Rivage, wo sie eine 1 1/2 stündige Unterredung mit MacDonald und dem englischen Außenminister Simon hatten. Simon war Dienstag vormittag von MacDonald aus Genf nach Lausanne zurückgerufen worden. Das völlig unerwartete Eintreffen Gibsons in Lausanne hat in allen Konferenzkreisen größte Ueberraschung hervorgerufen, da die Amerikaner sich bisher nachdrücklich weigerten, aus innenpolitischen Gründen irgendwelche Gespräche in Lausanne zu führen. Gibsons Erscheinen wird allgemein auf einen ausdrücklichen Wunsch des Reichs

Hauses zurückgeführt und im Zusammenhang mit der nächsten Unterredung mit Herriot in Morges gebracht. In der Besprechung mit MacDonald soll Gibson von neuem gegenüber den englischen Ministern den dringenden Wunsch der amerikanischen Regierung nach praktischen Ergebnissen in der Abrüstungsfrage vorgebracht und mit größtem Nachdruck eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen gefordert haben.

Um 17 1/2 Uhr traf Herriot im Hotel Beau-Rivage ein. Er verhehlte keineswegs seine Ueberraschung, als ihm mitgeteilt wurde, daß Gibson bei MacDonald sei. Herriot mußte eine Zeitlang in der Halle des Hotels bis zum Ende der Unterredung zwischen MacDonald und Gibson warten. Gibson verließ darauf das Hotel und begab sich nach Genf zurück. Anschließend fand eine längere Unterredung zwischen MacDonald und Herriot statt.

Herriot hat Dienstag nachmittag Reichsaussenminister von Neurath dem italienischen Außenminister Grandi einen längeren Besuch abgestattet.

\* Lausanne. Der amerikanische Botschafter Gibson erklärte nach der Unterredung mit MacDonald der internationalen Presse, er lege großen Wert auf die Feststellung, daß in der Unterredung ausschließlich Abrüstungsfragen besprochen worden seien. Die Reparationsfrage sei mit keinem einzigen Wort in der Besprechung erwähnt worden.

### Vor einer neuen Vollziehung in Lausanne.

Berlin. Bei den Lausanner Reparationsverhandlungen liegt im Augenblick das Schwergewicht bei den privaten Unterhaltungen der leitenden Staatsmänner, an denen der deutsche Reichskanzler von Papen naturgemäß lebhaft beteiligt ist. Es wird in unterrichteten Berliner Kreisen berichtet, daß man aber bereits in den nächsten Tagen mit einer neuen Vollziehung rechnen könne, deren Termin zur Zeit noch nicht feststeht.

Die transatlantischen Argumente gegen die Streichung der Reparationen werden jetzt in außerordentlich eindrucksvoller Weise von einem maßgebenden englischen Sachverständigen zerlegt. Es handelt sich um Lantton, der in „News Chronicle“ sich mit Herriot auseinandersetzt. Die hauptsächlichsten transatlantischen Argumente gehen dahin, daß sofort nach Beilegung der deutschen Reparationspflicht Deutschland sich als ein sehr starker industrieller Konkurrent auf dem Weltmarkt zeigen würde, dank seiner ausgebauten und modernisierten Industrie. Das zweite transatlantische Argument besagt, daß bei einer Beilegung der deutschen Reparationspflicht schon im letzten Augenblick Frankreich das Land sein werde, das von allen am Weltkriege Beteiligten die größten Opfer haben bringen müssen. Lantton hebt nun mit Recht hervor, daß Herriot völlig übersehe, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß Deutschland Reparationen auf die Dauer nur in der Form von Gütern bezahlen könne; hieraus ergebe sich, daß Deutschland als Exportkonkurrent immer größer und schwieriger werde, je mehr und je länger es Reparationen zu leisten hätte. Was das zweite Argument anlangt, so habe Herriot nicht erwähnt, daß Frankreich bereits zur Wiederherstellung seiner zerstörten Gebiete gewaltige Summen erhalten habe, die man mit mindestens 160 Millionen Pfund Sterling besitzen müßte und daß England bereits einen großen Teil der Summen erlassen habe, die die Alliierten während des Krieges von ihm entnahmen. All diese Berechnungen seien aber von geringerer Bedeutung gegenüber der Tatsache, daß alle Beteiligten dann Vorteile haben, wenn der Schmutz der Kriegsschuldenzahlungen beseitigt und damit die Möglichkeit geschaffen sei, den internationalen Warenverkehr und den Weltmarkt wieder nach den Gesetzen einer vernünftigen Wirtschaft aufzubauen.

### Ein Aufruf Hitlers.

München. (Zuspruch.) Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Aufruf Adolf Hitlers, in dem gesagt wird, daß nach den erfolgreichen Wahlkämpfen dennoch eine neue Welle von Unterdrückungen und Verfolgungen die NSDAP treffe. Als verantwortlicher Führer der nat.-soz. Bewegung müsse er es daher ablehnen, mit diesen Parteien heute irgend einen Pakt zu schließen.

### Wahl des nat.-soz. Landtagspräsidenten Kerl gesichert.

Berlin. (Zuspruch.) Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages beschloß in ihrer abermaligen Sitzung nach dem Vorkenntnis, bei der endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten weiße Stimmhaltungszeile abzugeben, womit die Beschlußfähigkeit des Hauses gesichert ist. Da die Nationalsozialisten und Deutschenationalen für den Abg. Kerl als endgültigen Landtagspräsidenten stimmen werden,

ist durch den Beschluß des Zentrums die endgültige Wahl des Abg. Kerl gesichert und Obstruktionsversuche der Linksparteien haben damit keine Aussicht mehr auf Erfolg.

### Schwere Zusammenstöße an der Frankfurter Universität.

Die Vorlesungen abgebrochen.

Frankfurt a. M. (Zuspruch.) Trotz des gestern vom Rektor der Universität erlassenen Verbots des Uniformtragens versammelte sich heute vormittag vor der Universität eine größere Anzahl nationalsozialistischer Studenten in Uniform und sang das Horst-Wessel-Lied. Aus einem Fenster der Universität hielt ein nationalsozialistischer Student eine Ansprache. Im Ehrenhof kam es zu Zusammenstößen mit kommunistischen Studenten. 2 Studenten wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Polizei verhinderte weitere Ausschreitungen.